

Begleitausschuss ESF/EFRE

25.11.2025

**TOP 5: Information der Verwaltungsbehörden zu den
Vorbereitungen FP 2028-2034**

Ausblick Förderperiode 2028-2034

Am 16. Juli 2025 hat die EU-Kommission den Entwurf für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 (COM(2025)570 final) vorgestellt. Gleichzeitig hat die EU-Kommission die sektorspezifischen Verordnungsentwürfe vorgestellt (COM(2025)565 final: Nationale und Regionale Partnerschaftsplan-Verordnung (NRP-Plan-VO); COM(2025) 558 final: ESF-Verordnung; COM(2025) 552 final: EFRE-Verordnung).

Für Kohäsionsfonds relevante Aspekte des MFR

- Laufzeit wie bisher: 7 Jahre (2028 bis 2034).
- Nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRPP)
- In den NRPP sollen nur 75 % der Haushaltsmittel für Maßnahmen pre-allokiert (gebunden) werden. 25 % sollen flexibel allokiert werden.
- Mittelplanung degressiv; deutliches Absinken je Haushaltsjahr
- einheitliches Indikatorensystem für alle Programme

Relevante Aspekte der NRP-Plan –VO (1/2)

- Zusammenführung von ESF Plus, EFRE, Agrar, Fischerei, Migration, Sicherheit
- Es soll keine zgS zweiter Ebene mehr geben.
- pro Mitgliedstaat ein nationaler Kontaktpunkt, eine Verwaltungsbehörde (VB) und eine Prüfbehörde (PB) für den NRPP
- Möglichkeit von regionalen und horizontalen Kapitel
- 14% für die Verwirklichung der sozialen Ziele der EU

Relevante Aspekte der NRP-Plan-VO (2/2)

- verpflichtende Nutzung von Data-Mining-Tools
- VKO Pflicht: von 200 TEUR auf 400 TEUR erhöht
- grundsätzliche Umstellung der Abrechnungsbasis gegenüber der Kommission:
leistungsorientierter Ansatz mit Meilensteinen/ Zielen/ output/ outcome
- aus n+3 Jahre ist nun n+10 Monate geworden; nicht verwendete Mittel werden dem NRPP entzogen und zentral verwalteten Programmen zugeordnet
- höhere Vorfinanzierung (von 3 % wie bisher auf dann 10 %)
- Umstellung von Geschäftsjahr (01.07.-30.06.) auf HHjahr (01.01.-31.12.)

Der ESF nach 2028

- keine feste thematische Konzentration, aber Investitionen in Weiterbildung und Umschulung, Kinderbetreuung, erschwinglicher Wohnraum oder Langzeitpflege
- im Einklang mit der Europäischen Säule sozialer Rechte Konzentration insbesondere auf:
 - Soziale Eingliederung
 - Nahrungsmittel und /oder materielle Basishilfe
 - Umsetzung der Garantie für Kinder
 - Umsetzung der Jugendgarantie

Der EFRE nach 2028

Positiv:

- Definition eines umfangreichen Zielkatalogs; Ziele entsprechen im Wesentlichen den Zielen der Förderperiode 2021-2027 (einschließlich des sog. Fitto-Pakets)

Negativ:

- Förderung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird nicht als Ziel benannt
- Förderung von Innovationsfähigkeit wird erwähnt, ist aber nicht prominent platziert
- beides ebenso Ziele des Fonds für Wettbewerbsfähigkeit, hier profitieren eher große Unternehmen

Diskussionspunkte

- keine Mindestzuweisung für die Kohäsionspolitik
- 14 % Mindestquote für „Soziales“
- keine eigenständige Programmlinie für Unterstützung der am stärksten benachteiligten Personen
- Kein Mittelerstattungsprinzip nach leistungsbasierter Erstattung (Creaming-Effekte)
- klare Steuerungsstruktur
- Mittelverfallsrisiken durch n+10 Monate abwenden
- Interventionssätze beibehalten

Ausblick

Europäisches Parlament (EP)

- Ablehnung des Vorschlages der EU-Kommission durch Fraktionen der EVP, S&D, Renew und Grüne/EFA
- Forderung: u. a. keine Renationalisierung, Entkopplung der Politikbereiche, Stärkung der lokalen und regionalen Ebene, Wahrung des Einflusses der EP

Ausblick

Europäischer Ausschuss der Regionen (AdR):

- warnt in Entschließung vom 15.10.2025 vor den Folgen des MFR-Vorschlags
- stärkere Zentralisierung in den Händen der Europäischen Kommission und Zusammenlegung von Kohäsions-, Agrar- und Fischereipolitik könnten zu Verlust regionaler Handlungsspielräume, einer Schwächung der Demokratie und einem Vertrauensverlust in die EU-Institutionen führen
- Erarbeitung Stellungnahme zu künftigen EU-Haushalt, Verabschiedung im März 2026 geplant

Einbringung Position Thüringens u. a. über

- Bundesrat: u. a. Forderung nach Bürokratieabbau, Einbindung der Regionen in die Ausarbeitung, Verhandlung und Umsetzung der Programme
- MPK-Ost: u. a. Forderung der Regionen nach Mitsprache bei Mittelverteilung und -planung, Ablehnung Mittelkürzung
- EMK: u. a. Forderung nach vollständiger Transparenz und Mitwirkung der Länder, Einbindung der Regionen in die Ausarbeitung, Verhandlung und Umsetzung der Programme, Ablehnung der Kompetenzerweiterung der EU-Kommission
- AMK: u. a. Ablehnung der Einbindung der GAP in den NRP-Plan, Ablehnung der Mittelkürzung



Ausblick

Begleitung des Verhandlungsprozesses durch die Landesregierung
→ Entwurf aus Sicht der Landesregierung nicht zufriedenstellend

IMAG zur Meinungsbildung in Thüringen

Arbeitskreis auf Ebenen der Verwaltungsbehörden
→ Übersendung Stellungnahmen der Verwaltungsbehörden (EFRE und ESF)
an BMWE und EU-Kommission